

ma incomberà all'attore, che chiede l'annullamento dell'iscrizione, la prova dell'esistenza di una causa di esclusione del riconoscimento (art. 306 CC). Non è ammissibile invertire l'onere della prova, obbligando il padre a dimostrare che il riconoscimento non è vietato.

Inoltre la procedura proposta dall'Autorità cantonale di vigilanza e dal Dipartimento federale di giustizia e polizia appare criticabile sotto un altro rispetto. L'indicazione del nome della madre, che farà il padre, sarà meramente officiosa: non si potrà introdurre questo nome nell'atto di nascita, che è stato fatto all'estero e non può evidentemente essere rettificato dall'autorità svizzera, soprattutto quando si tratti di una madre straniera. L'Ufficiale dello stato civile dovrà adunque indagare l'esattezza di questa indicazione, ossia dovrà attendere a cosa estranea al suo compito che è di attenersi ai documenti ufficiali. D'altro lato, ci si chiede quale valore avrà il risultato di queste indagini, in particolare di quale mezzo disporrà il padre per dimostrare il contrario, qualora l'Ufficiale dello stato civile, esperite le indagini, concludesse che il nome indicato non è quello della madre. Ci si troverà in presenza di situazioni irte d'inconvenienti, se non addirittura impossibili. Ne segue che la procedura proposta dall'Autorità cantonale di vigilanza e dal Dipartimento di giustizia e polizia non può essere accolta anche per motivi di ordine pratico.

Il Tribunale federale pronuncia:

Il ricorso è ammesso. Di conseguenza è annullato il decreto 18 aprile 1940 del Dipartimento dell'Interno del Cantone Ticino, il quale è invitato a far iscrivere nel registro delle famiglie del Comune di Castel San Pietro l'atto di nascita dell'infante Jean, Pierre, Gérard, Igin Prada, quale figlio illegittimo riconosciuto di Pietro-Maria Prada.

III. BEAMTENRECHT

STATUT DES FONCTIONNAIRES

51. Urteil vom 30. Oktober 1940 i. S. D.

gegen Versicherungskasse für die eidgenössischen Beamten,
Angestellten und Arbeiter.

Klagen auf Leistungen der eidgenössischen Versicherungskasse sind binnen zwei Jahren seit Entstehung des Anspruchs dem Bundesgericht einzureichen, ansonst das Klagerecht verwirkt ist (Art. 17, Abs. 3 StatVK). Der Vorbescheid der Verwaltung (Art. 20 VDG) ist vor Ablauf dieser Frist zu erwirken.

Les demandes relatives aux prestations de la Caisse fédérale d'assurance doivent être introduites devant le Tribunal fédéral dans les deux ans dès la naissance du droit, à peine de forclusion. Art. 17 al. 3 des Statuts de la Caisse d'assurance des fonctionnaires.

La décision préalable des autorités administratives (art. 20 JAD) doit être obtenue avant l'expiration de ce délai.

Le azioni per diritti a prestazioni della Cassa federale d'assicurazione debbono essere promosse davanti al Tribunale federale entro i due anni dacché hanno avuto origine tali diritti, altrimenti si verifica la perenzione (art. 17 cp. 3 degli statuti).

La decisione, di cui all'art. 20 GAD, dev'essere ottenuta prima della scadenza di questo termine.

A. — Der Kläger D. war Grenzwachtgefreiter. Er hat am 4. Juni 1938 ein Gesuch um Entlassung aus dem Zolldienst eingereicht und dabei bemerkt, dass er keine andern Forderungen an die Verwaltung stelle als Ausrichtung des laufenden Monatsgehalts und seine Ansprüche an die Versicherungskasse. (Diese bestehen bei Beendigung des Dienstverhältnisses zufolge Demission in der Abgangsentschädigung nach Art. 8 der Statuten). Am 17. Juni erklärte D. weiterhin, dass die sofortige Auflösung des Dienstverhältnisses seinen Wünschen entspreche und sein Gesuch in diesem Sinne aufzufassen sei. Die Demission wurde von der eidgenössischen Oberzolldirektion genehmigt. D. konnte entsprechend seinem Wunsch sofort austreten. Das Gehalt wurde noch bezahlt bis Ende Juni.

Am 30. September 1938 reichte der Zentralverband eidgenössischer Zollangestellter der Oberzolldirektion ein

Gesuch ein um Überweisung des D. an die eidgenössische Versicherungskasse, weil dieser sein Gesuch um Entlassung in einem Zustande geistiger Verwirrung gestellt habe. Die Oberzolldirektion lehnte durch Schreiben vom 30. Januar 1939 ein Zurückkommen auf die Entlassung und auf die Meldung des Austritts an die Versicherungskasse ab und verwies die Gesuchsteller auf Art. 67, Abs. 3^a BO I.

Mit Eingabe vom 26. März 1940 richtete der Kläger an das eidgenössische Finanz- und Zolldepartement ein Gesuch um Aufhebung seiner Entlassung und um Ausrichtung der statutarischen Invalidenrente wegen dauernder Unfähigkeit zur Bekleidung seines frühern Amtes oder einer andern gleichartigen Stellung. Das Gesuch ist am 6./8. Juli 1940 abgewiesen worden, nachdem es dem Oberarzt der Bundesverwaltung zur Begutachtung unterbreitet worden war.

B. — Mit Eingabe vom 5. August 1940 an das Bundesgericht erhebt D. Anspruch auf Ausrichtung der Invalidenrente mit Rückwirkung auf den 4. Juni 1938. Die Eingabe ist bezeichnet als Rekurs gegen den Entscheid des Finanzdepartementes vom 6./8. Juli. Sie sei rechtzeitig, innert der Beschwerdefrist von 30 Tagen eingereicht worden.

Das eidgenössische Finanzdepartement beantragt Nicht-eintreten wegen Verwirkung des Klagerechts zufolge Fristversäumnis.

Der Kläger, dem die Äusserung des Finanzdepartementes zur Replik zugestellt worden ist, hält daran fest, dass sein Anspruch rechtzeitig erhoben worden sei. Die zweijährige Frist nach Art. 17 der Statuten sei durch die Eingabe vom 26. März 1940 an das Finanzdepartement gewahrt worden. Eventuell sei die Verspätung der Eingabe an das Bundesgericht durch das Finanzdepartement verschuldet, da dieses seinen Entscheid verzögert habe, wahrscheinlich in der Absicht, nachher die Verspätungseinrede zu erheben. Nach der Praxis des Bundesgerichtes in andern Fällen sei zu schliessen, dass sich das Departement hier nicht auf die Verspätung berufen könne (BGE

49 II 321, 46 II 92 und 42 II 682). Übrigens habe die Frist erst am 30. Januar 1939 begonnen und sei daher noch nicht abgelaufen.

Das Bundesgericht ist auf die Klage nicht eingetreten

in Erwägung:

1. — Nach Art. 17, lit. a VDG und Art. 60, Abs. 1 BtG beurteilt das Bundesgericht die Streitigkeiten über Leistungen einer Versicherungskasse des Bundes als einzige Instanz. Es ist an die Stelle des eidgenössischen Versicherungsgerichtes getreten, dem diese Streitigkeiten bisher, ebenfalls als einziger Instanz, zugewiesen waren (Art. 17, Abs. 2 der Statuten der Versicherungskasse in der Fassung vom 6. Oktober 1920).

2. — Klagen auf Leistungen der eidgenössischen Versicherungskasse müssen binnen zwei Jahren seit Entstehung des Anspruchs dem Gericht eingereicht werden (Art. 17, Abs. 3 der Statuten). Vorher ist aber, nach Art. 20 VDG in Verbindung mit Art. 67 BO I die Stellungnahme der zuständigen Verwaltungsinstanz (hier des Finanzdepartementes, Art. 67, Abs. 3 lit. a BO I) einzuholen. Denn der gerichtlichen Beurteilung nach Art. 17 VDG unterliegen nur Streitigkeiten. Eine solche besteht aber nur, wenn die Verwaltung ein an sie gerichtetes Begehren ablehnt.

Dass die zweijährige Frist nach Art. 17, Abs. 3, der Statuten die Einreichung der Klageschrift bei der Gerichtsinstanz betrifft (nicht etwa die Anmeldung eines Anspruchs bei der Verwaltungsbehörde) ist in der deutschen und italienischen Fassung der Statuten ausdrücklich ausgesprochen. In der französischen Fassung (auf die sich der Rekurrent stützt; seine Eingaben sind französisch redigiert) ist es nicht ausdrücklich gesagt. Es war aber nicht nötig, weil schon die Formulierung « la demande tendant à l'adjudication de prestations doit être déposée » genügend zum Ausdruck bringt, dass eine gerichtliche Klage gemeint ist. Aber selbst abgesehen hievon schliesst der Zusammen-

hang, in welchem die Vorschrift steht, jeden Zweifel aus. Da Art. 17 für Streitigkeiten über Kassenleistungen die Beurteilung durch eine einzige Instanz vorsieht, kann unter Einreichung des Begehrens (*dépôt de la demande*) nur die gerichtliche Klage verstanden werden. An dieser Ordnung ist bei Übertragung dieser Geschäfte an das Bundesgericht nichts geändert worden. Auch das Bundesgericht urteilt als einzige Instanz. Soweit Klagefristen vorgesehen sind, ist daher der Vorbescheid der Verwaltung nach Art. 20 VDG vor deren Ablauf zu erwirken.

3. — Die Klagefrist von zwei Jahren nach Art. 17, Abs. 3, der Statuten bestimmt sich nach dem Zeitpunkt, in welchem der Anspruch wirksam wird. Die Invalidenrente beginnt mit dem Tage, bis zu welchem das Gehalt oder der Lohn ausgerichtet wurde (Art. 24, Abs. 4 der Statuten). Hier wurde der Lohn ausbezahlt bis Ende Juni 1938. Die Invalidenrente, auf die Anspruch erhoben wird, hätte, wenn sie geschuldet wäre, am 1. Juli 1938 begonnen. Die zweijährige Klagefrist ist daher am 1. Juli 1940 abgelaufen. Die vorliegende Klage wurde am 5. August 1940, demnach verspätet, eingereicht.

Unhaltbar, ja trölerisch ist die Behauptung, der Verwaltungsentscheid sei verzögert worden. Das Gesuch an das Finanzdepartement wurde erst am 26. März 1940, also nur ein Vierteljahr vor Ablauf der Klagefrist eingereicht. Es musste zunächst dem Oberarzt der Bundesverwaltung zur Begutachtung unterbreitet werden. Es ist am 8. Juli, also innert der für nicht dringliche Angelegenheiten üblichen Frist, beantwortet worden. Wenn der Kläger im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf der Klagefrist eine raschere Behandlung des Gesuches wünschte, so hätte er dies geltend machen müssen. Es hätte auch nichts im Wege gestanden, dass er, zur Wahrung der Frist, die gerichtliche Klage vorsorglich eingereicht hätte, ohne die Stellungnahme der Verwaltung abzuwarten, sofern diese, trotz Hinweis auf die Dringlichkeit, nicht rechtzeitig erhältlich gewesen wäre.

52. Urteil vom 13. Dezember 1940 i. S. Kanton Bern gegen Schweiz. Eidgenossenschaft.

1. *Direkter verwaltungsrechtlicher Prozess*: a) Forderungen an den Bund aus einem verwaltungsrechtlichen Vertrag werden vom Bundesgericht als einziger Instanz in dem Verfahren nach Art. 17 VDG (nicht nach Art. 48, Ziff. 1 OG) beurteilt.
- b) Unter «Bundesgesetzgebung» im Sinne von Art. 17 VDG ist das Bundesrecht überhaupt, auch das ungeschriebene, zu verstehen.
2. *Freizügigkeitsvertrag zwischen Beamtenversicherungskassen*. Frage, ob das Deckungskapital, das der Bund für den Einkauf von Versicherungszeit bei der eidgenössischen Beamtenversicherungskasse einbezahlt hat, um eine «hervorragende Arbeitskraft» für den Bundesdienst zu gewinnen (Art. 5, Abs. 3, letzter Satz der Statuten der eidg. Beamtenversicherungskasse), auf Grund eines Freizügigkeitsvertrages mit einer kantonalen Beamtenversicherungskasse an diese Kasse zu überweisen ist, wenn die Arbeitskraft den Bundesdienst nach kurzer Zeit verlässt, um eine Stellung im Dienste des Kantons zu übernehmen.

1. *Procès administratif direct*: a) Le Tribunal fédéral connaît, en instance unique, selon l'art. 17 JAD (et non pas selon l'art. 48 ch. 1 OJ), des prétentions dérivées, à l'égard de la Confédération, d'un contrat de droit administratif.

b) A l'art. 17 JAD, le législateur a désigné par le terme « Législation fédérale » l'ensemble du droit fédéral, fût-il non écrit.

2. *Contrat de libre passage entre des caisses d'assurance pour fonctionnaires*. Lorsque la Confédération a fait des versements complémentaires à la Caisse d'assurance des fonctionnaires en faveur d'une personne « particulièrement qualifiée » qu'elle voulait s'attacher (art. 5 al. 3 i. f. des statuts de cette caisse), doit-elle remettre le capital ainsi versé à la Caisse d'assurance des fonctionnaires cantonaux, en vertu du contrat de libre passage qu'elle a conclu avec cette caisse, dans le cas où le fonctionnaire qu'elle a engagé quitte son service au bout de peu de temps et entre dans l'administration cantonale ?

1. *Processo amministrativo diretto*: a) Le pretese contro la Confederazione derivanti da un contratto di diritto amministrativo sono giudicate dal Tribunale federale come istanza unica secondo la procedura prevista dall'art. 17 GAD (e non dall'art. 48 cifra 1 OGF).

b) Col termine « legislazione federale » usato nell'art. 17 GAD si deve intendere l'insieme del diritto federale, anche quello non scritto.

2. *Contratto concernente il libero passaggio tra casse di assicurazione per funzionari*: Allorchè la Confederazione, per assumere al proprio servizio una persona di « particolare valore », ha effettuato versamenti suppletivi alla Cassa di assicurazione dei funzionari (art. 5 ep. 3 i. f. degli statuti), deve rimettere il capitale costituito da questi versamenti alla Cassa di assicurazione dei funzionari cantonali in virtù del contratto di libero passaggio concluso con essa qualora il funzionario in questione lasci il servizio federale dopo breve tempo ed entri nell'amministrazione cantonale ?